

Bündnis Sahra Wagenknecht steht für Politikwechsel

Am 15. Januar habe ich meinen Eintritt in das BSW (Bündnis Sahra Wagenknecht) öffentlich gemacht: Bei der Pressekonferenz mit Sahra Wagenknecht, MdB, und Alexander Ulrich, MdB, war das Medieninteresse riesig.

Ich freue mich sehr, Teil des Bündnisses von Sahra Wagenknecht in RLP zu sein. Damit kann ich mich in Rheinland-Pfalz von Anfang an – quasi als parlamentarischer Arm - mit immerhin jetzt fast 40jähriger kommunalpolitischer und landespolitischer Erfahrung einbringen. Mir geht dabei um die Themen, die mich auch zu meinem Austritt bei den Grünen bewegt haben: Frieden, Corona und Bürgerrechte – aber auch um soziale Gerechtigkeit und last but not least eine vernünftige Wirtschaftspolitik.

Tatsächlich ist es Vernunft, die wir in vielen Politikbereichen endlich wieder brauchen: Es ist vernünftig, wenn sich das BSW für eine Friedenspolitik einsetzt, die überhaupt wieder diplomatische Aktivitäten und Vorstöße entfaltet. Es geht nicht darum einen Krieg zu gewinnen (durch immer mehr und immer schwerere Waffen), es geht darum ihn zu beenden. Auf den Punkt gebracht: Ich bin immer noch fassungslos mit welcher Geschwindigkeit die Grünen die weiße Friedenstaube in die Tonne getreten haben und nun die Falken dieser Bundesregierung sind – die olivgrünen Falken.

Und was hat der Krieg gebracht? Die Ukraine ist meilenweit von einem militärischen Sieg entfernt, das Morden und Schlachten ist schlimmer denn je und wird verharmlosend „Abnutzungskrieg“ genannt. Die Sanktionen haben Russland nicht etwa ruiniert, sondern letztlich gestärkt – China, Indien und andere nutzen nun intensiv russische Energie, die uns dann teuer weiterverkauft wird. Und mit Fracking Gas aus den USA erweisen wir der Umwelt und dem Klimaschutz einen Bärendienst. Das ist inzwischen alles nur noch absurd.

Es ist auch vernünftig, wenn das BSW eine parlamentarische Aufarbeitung der Corona-Maßnahmen fordert: vor dem Hintergrund der tiefen Eingriffe in die Alltagswelt des einzelnen Bürgers und des Anspruchs aus eventuellen Fehlern die richtigen Schlüsse zu ziehen, brauchen wir dringend z.B. eine Enquetekommission im Landtag. Es geht nicht nur um die Sinnhaftigkeit einer Vielzahl von Maßnahmen – und es geht auch nicht um Verschwörungstheorien oder Wissenschaftsfeindlichkeit. Aber war es richtig, Schwerstkranke in der letzten Lebensphase alleine zu lassen, KiTas und Schulen monatelang zu schließen? Mussten Millionen Menschen diskriminiert, auf das Übelste beschimpft, herabgewürdigt und teilweise aus ihren Berufen gedrängt werden? Ist darüber nicht eine tiefe Spaltung der Gesellschaft entstanden, deren Folgen Politik sich nun stellen muss? Wenn all das demokratisch und sachlich diskutiert werden soll, dürfen wir dieses Feld nicht der AFD überlassen.

Und es ist auch vernünftig, sich endlich um die soziale Spaltung in unserem Land zu kümmern: 2020 und 2021 und entfielen 81 Prozent des Vermögenszuwachses auf das reichste Prozent der Bevölkerung. Nicht einmal zusätzliche Lasten verteilt die Bundesregierung gerecht: Es ist sozial nicht zu rechtfertigen, zwar den CO2-Preis sukzessive anzuheben, gleichzeitig jedoch das versprochene Klimageld nicht auf den Weg zu bringen. Genau umgekehrt müsste es laufen, denn die finanziell Schwächeren in unserer Gesellschaft sind schon von der Inflation besonders stark betroffen und können weitere Lasten einfach nicht verkraften.

Wirtschaftspolitisch ist es vernünftig, die Kaufkraft der Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen zu stärken. Das Gegenteil aber geschieht, wenn die Landesregierung die Kommunen



zwingt, die Grundsteuern zu erhöhen. Oder das Beispiel **Solargesetz**: Wir müssen sicherstellen, dass Menschen auch mit kleinen und mittleren Einkommen an dem Solarboom teilhaben können. Denn sie brauchen doch zuallererst preisgünstigen Strom. Und der wird künftig am besten auf dem eigenen Dach oder dem eigenen Balkon produziert. Dadurch würden Kosten planbar und bezahlbar.

Und schließlich ist es vernünftig, in bezahlbare Wohnungen, in Bildung, Gesundheitsfürsorge, Pflege und guten, am besten kostenlosen Nahverkehr zu investieren. Das aber geht mit der aktuellen Schuldenbremse nicht, die in Wahrheit eine Investitionsbremse ist.

Zweifellos gibt es viel zu tun: Ich freue mich darauf, dazu meinen Beitrag zu leisten.

Andreas Hartenfels (MdB)